

Tagesordnungspunkt 24:

Besprechung: **Förderung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf** - Große Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 14/2328 - Antwort der Landesregierung - Drs. 14/2501

Ich eröffne die Besprechung über die Große Anfrage, und dazu hat sich Frau Kollegin Mundlos gemeldet. Bitte schön, Frau Mundlos!

Frau Mundlos (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Schuljahr 1999/2000 wurden 35 576 Schülerinnen und Schüler in Sonderschulklassen beschult. Ein Schuljahr später sind es 36 819, was einem vierprozentigem Anteil an der Gesamtschülerschaft im allgemein bildenden Schulwesen entspricht. Diese Schülerzahlen werden der Prognose des Ministeriums zufolge weiter ansteigen - bis 2010. Interessant ist dabei, dass man feststellen kann, dass zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler im Bereich Lernschwache angesiedelt sind. Die Antwort auf die Große Anfrage bestätigt im Übrigen die Sorgen, die wir uns bezüglich der Sonderpädagogik seit längerer Zeit machen.

(Zustimmung von Frau Litfin [GRÜNE])

Lassen Sie mich zunächst den Bereich der Unterrichtsversorgung beleuchten. Es handelt sich beim sonderpädagogischen Bereich um die schlechteste Unterrichtsversorgung aller allgemein bildenden Schulformen. Mit einer Unterrichtsversorgung von nur 93,4 % haben die Sonderschulen wieder einmal die rote Laterne erhalten. Sie liegen fast vier Prozentpunkte unter der landesweiten Unterrichtsversorgung von 97,2 %. Interessant ist auch, dass sich gegenüber der Verantwortung der letzten CDU-geführten Landesregierung die Rahmenbedingungen erheblich verschlechtert haben. Die Schüler-Lehrer-Relation ist von 6,3 auf 7,5 gestiegen und hat sich damit um fast 20 Prozentpunkte verschlechtert. Die Anzahl der Unterrichtsstunden pro Schüler ist von 3,59 auf 3,19 gesunken und hat sich damit um mehr als 10 % verschlechtert. Besonders drastisch hat sich der Bildungsabbau auf die Bildungschancen der lernbehinderten Schülerinnen und Schüler ausgewirkt. Die Schüler-Lehrer-Relation ist hier gestiegen und hat sich um sage und schreibe 28 % verschlechtert. Die Anzahl der Unterrichtsstunden pro Schüler hat sich um 17,5 Prozentpunkte verschlechtert. Ich finde, das muss einen umtreiben.

Aber es gibt weitere Problembereiche. Zusätzliche Lehrerstunden für die diagnostische Tätigkeit gibt es nicht. Wenn die Begutachtungen der Kinder, bei denen möglicherweise künftig ein sonderpädagogischer Förderbedarf anerkannt werden soll, stattfinden, fällt der Unterricht für die, die bereits in den Sonderschulen beschult werden, aus. Die Eltern können dann sehen, wie sie ihren Kindern gerecht werden.

Im Bereich der aktuellen Unterrichtsversorgung fällt insbesondere auf, dass der für die Förderung der sprachlichen Entwicklung so wichtige Sprachsonderunterricht von einstmalen 2 600 Lehrerstunden auf nur noch 1 900 Lehrerstunden gesunken ist - 700 Lehrerstunden weniger!

Bezeichnenderweise sind zahlreiche Integrationsklassen zum Schuljahresbeginn 2000/2001 eingerichtet worden, die nur über zwei oder drei Sonderschullehrerkräftestunden verfügen. Hier kann keine qualifizierte Förderung der betroffenen Schulkinder erfolgen. Hier finden wir ein klassisches Beispiel für Integration durch Unterlassung.

(Zustimmung von Frau Körtner [CDU])

Mobile Dienst betreuen heute zwar mehr Schulen als 1995, haben dafür aber ebenso weniger Lehrerstunden zur Verfügung. An der Zusammenarbeit Grundschule/Sonderschule nahmen 1999 871 Klassen mehr teil als 1995, haben dafür aber lediglich 100 zusätzliche Lehrerstunden erhalten - für 871 Klassen mehr 100 Lehrerstunden - eine armselige Ausstattung, geradezu bedrückend verantwortungslos!

Bezeichnenderweise weiß die Landesregierung auch, dass selbst beim Umsetzen von „Lernen unter einem Dach“ 300 zusätzliche Sonderschullehrerstellen erforderlich wären. Darüber hinaus sind 300 zusätzliche Stellen über den Ersatzbedarf erforderlich, um bis 2004 auf die steigenden Schülerzahlen zu reagieren. 600 zusätzliche Stellen erforderlich, aber an keiner Stelle ausgewiesen! Die Umsetzung von „Lernen unter einem Dach“ erfolgt also weiterhin auf Kosten anderer Schulformen. Auf die gestiegenen Anforderungen an den Sonderschulen wird nicht mit einer einzigen zusätzlichen Lehrerstelle reagiert.

Als nur noch peinlich kann bezeichnet werden, dass die Landesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage ausführt, dass eine nachhaltige Anpassung der Unterrichtsversorgung an den Durchschnitt aller allgemein bildenden Schulen wie auch in den vergangenen Jahren wegen fehlender Sonderschullehrkräfte nicht möglich ist. Der Lehrermangel wirkt sich hier also schon gravierendst aus. Weiter führt die Landesregierung aus, dass sie dafür sorgen wird, möglichst so viele Einstellungsmöglichkeiten für Sonderschullehrkräfte bereitzustellen, wie hierfür geeignete und regional mobile Bewerberinnen und Bewerber zu erwarten sind. Damit hat sie sich mit der Verwaltung des Mangels abgefunden.

(Zustimmung bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Stichwortartig möchte ich nur erwähnen, dass es Zulassungsbeschränkungen in den Lehramtsstudiengängen gibt und dass erforderliche Mittel, um hier etwas zu ändern, gegenwärtig notwendig sind, um Studienanfängerplätze für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen anzupassen. - Man könnte, wenn man wollte, man will aber nicht, man setzt andere Prioritäten.

Die katastrophale Einschreibsituation insbesondere für naturwissenschaftliche Fächer wird im Übrigen bestätigt. Dieses Problem ist systematisch seit Mitte der 90er-Jahre verschlafen worden, und die Sonderschüler müssen es ausbaden. Bezeichnenderweise konnten zu dem letzten Einschreibungstermin viele Sonderschullehrerstellen nicht mit den geeigneten Fachkräften besetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiteres Armutszeugnis liegt darin, dass die Landesregierung eine differenzierte Berechnung nach Fachrichtungen und Unterrichtsfächern in Bezug auf den Ersatzbedarf an Sonderschullehrkräften nicht vorlegen kann. Sie dokumentiert so ihre Unfähigkeit zur Erstellung einer fachspezifischen Ersatzprognose und zeigt damit ein weiteres Armutszeugnis auf.

Lassen Sie mich insbesondere noch einmal ganz gezielt auf das regionale Integrationskonzept eingehen. Da hat der Kultusausschuss Dänemarks Sonderpädagogik in der letzten Legislaturperiode begutachtet, und in dieser Legislaturperiode erstaunt in Italien und Südtirol feststellen müssen: Dort gibt es Vollintegration.

Aber was heißt das? - Das heißt Teamteaching, und zwar zwei Lehrer in einer Klasse. Das bedeutet, dass im Grundschulbereich in Italien durchschnittlich 14 Schüler pro Klasse sind. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen und unsere Zahlen in Relation dazu setzen. Ich sage Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wer diese Systeme auf Niedersachsen übertragen will, der muss auch die Rahmenbedingungen, die dafür erforderlich sind, schaffen. Davon sind wir aber weit entfernt.

(Beifall bei der CDU)

Ich nehme an, dass nicht nur ich, sondern auch viele von Ihnen in den vergangenen Wochen und Monaten zahlreiche Schreiben von betroffenen Lehrkräften und Eltern bekommen haben. Ich möchte aus solch einem Schreiben einiges zitieren, um deutlich zu machen, wie bewegend die Situation ist und wie weit an den betroffenen Kindern vorbeigearbeitet wird. Worum geht es? - Grundschulen, die überprüfte Kinder für die Sonderschule Lernhilfe, Erziehungshilfe, Sprachbeeinträchtigungen haben, bekommen von der Bezirksregierung eine Sonderschullehrerin zugewiesen, die zwei Stunden pro Woche in der jeweiligen Klasse mit unterrichtet oder das Kind im

Einzelunterricht beschult. Die übrige Unterrichtszeit wird von einer Grundschullehrerin, die keine spezielle Sonderschulbildung und kein spezielles Unterrichtsmaterial hat, abgeleistet.

(Frau Körtner [CDU]: Schweinerei!)

Hinzu kommt das Spektrum von Sonderschule bis zum Gymnasium. Schulkindergärten werden geschlossen, alle gehen in eine Grundschule, und über die veränderte Kindheit haben wir dabei überhaupt noch nicht gesprochen. Es wundert mich gar nicht, wenn Lehrkräfte dann sagen: Ich frage mich - ich zitiere aus einem Schreiben - „wie man dann seinem pädagogischen Auftrag noch gerecht werden kann“. Verärgerung, Ratlosigkeit und Ohnmacht über solch ein politisches Konzept spürt man bei sehr vielen Lehrerinnen und Lehrern ganz deutlich. Hier ist Bildungsabbau am Werke. Grundschulen, die bisher im Rahmen eines Kooperationsvertrages mit den Sonderschulen einige wenige Stunden, in denen die Sonderschullehrerinnen gerade im Grenzbereich zwischen Sonderschule und Grundschule eingesetzt waren, Unterricht angeboten haben, sind systematisch in Vorbereitung des regionalen Integrationskonzeptes unter Druck gesetzt worden nach dem Strickmuster: Wer nicht mitmacht, verliert die Grundversorgung, muss etwas abgeben. Es gibt Schulen in Brennpunkten, die bis zu 20 Stunden abgeben mussten, ohne auch nur irgendeinen Ersatz dafür zu bekommen. Von daher wundert es nicht, wenn die Lehrkräfte betroffen sind und sagen: Die Leidtragenden sind unsere Kinder. Der Bildungsabbau schreitet voran. - So macht die Landesregierung aus den Grundschulen und Sonderschulen verlassene Schulen und aus den Förderbedürftigen Almosenempfänger. Betroffene Familien werden dem Schicksal überlassen, und die Zukunftsperspektiven dieser Kinder werden mit Füßen getreten. Der Fachverband für Behindertenpädagogik sieht in der Umsetzung der Rahmenplanung zu „Lernen unter einem Dach“ die Gefahr, dass hierdurch die über Jahre mühsam für die Betroffenen erreichten, noch immer unzureichenden Standards in der sonderpädagogischen Förderung weiter reduziert werden. Aber gerade integrative Modelle darf es nicht zum Nulltarif geben.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bildungspolitik der Landesregierung - das haben wir heute Morgen deutlich spüren können - ist davon geprägt, dass jede Woche eine neue Idee serviert,

keine einzige Idee mehr zu Ende gedacht und die Oberflächlichkeit zum Standard wird sowie die Schlagzeile in der Presse das einzig verbleibende Ziel ist.

(Beifall bei der CDU)

Dabei will der Finanzminister etwas anderes als die Kultusministerin. Der Ministerpräsident will etwas anderes als die Landtagsfraktion der SPD. Man versucht, ständig neue Konzepte zu servieren, um von der schwierigen Lage in Niedersachsen abzulenken. Aber gerade an der Sonderpädagogik zeigt sich, wie unsozial, wenig zukunftsorientiert und unmenschlich die Politik der Landesregierung ist.

(Zustimmung von Frau Körtner [CDU])

Wie wird mit den Schwächsten der Schwachen umgegangen? Interessant ist für mich, dass Sie das in der Antwort auf die Große Anfrage selber dokumentiert haben. Man kann das an vielen Stellen nachlesen. Deshalb kann ich Sie nur auffordern, mit dieser sonderpädagogischen Fehlkonstruktion aufzuhören. Lassen Sie uns gemeinsam mit den Betroffenen an einem Tisch sitzen und alle Anstrengungen unternehmen, um ein zukunftsweises, von einem breiten Konsens getragenes Konzept zu erarbeiten und zu installieren.

(Ministerin Jürgens-Pieper lacht)

- Schade, dass Sie lachen. Ich finde es überhaupt nicht zum Lachen, wie sich die Situation zurzeit in den Sonderschulen darstellt, Frau Ministerin.

(Beifall bei der CDU)

Dabei kann es nur ein Gebot geben, nämlich eine optimale sonderpädagogische Förderung, die auf die Fähigkeiten und Bedürfnisse jedes einzelnen betroffenen Kindes zugeschnitten ist.

(Zustimmung von Klare [CDU])

Verschanzen Sie sich nicht hinter der Formel: Kein Geld. - Wenn Politik wirklich etwas für sozial Schwache tun will, dann war bisher auch immer Geld dafür da.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Aber nicht bei dieser Regierung!)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Litfin, bitte schön!

(Frau Litfin [GRÜNE]: Ich möchte mich nicht vordrängeln!)

Nach der Reihenfolge der Wortmeldungen sind Sie jetzt an der Reihe.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Nach der Geschäftsordnung muss zunächst die Landesregierung antworten!)

Frau Litfin, ich werde mich jetzt mit Ihnen nicht auf eine Geschäftsordnungsdebatte einlassen. Möchten Sie jetzt das Wort ergreifen?

(Frau Litfin [GRÜNE]: Entschuldigung. Wenn Sie es möchten, dann ergreife ich jetzt das Wort! - Fischer [CDU]: Die Landesregierung muss doch erst antworten! - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist nicht mehr verfassungsgemäß!)

Frau Litfin (GRÜNE):

Entschuldigen Sie bitte, Frau Präsidentin!

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind die Hilfsbedürftigsten oder - so formulieren es die Engländer über die verhaltensschwierigen Kinder - die Verletzlichsten unserer Gesellschaft. Deshalb ist es - Frau Kollegin Mundlos hat völlig Recht - ein großer Skandal, dass die Landesregierung ausgerechnet für diese Kinder die schlechteste Unterrichtsversorgung bereithält. Es ist, Frau Kollegin Mundlos, verdienstvoll von Ihnen, dass Sie mit Ihrer Großen Anfrage hierauf erneut hinweisen.

Am 8. Februar 2001 lag die Unterrichtsversorgung der Sonderschulen bei nur noch 93,8 %. So schlecht ist sonst nur noch die Hauptschule versorgt. Daran erkennt man, welche Prioritäten in dieser sozialdemokratischen Landesregierung gesetzt werden. Dass die Sonderschulen beim Grad der Unterrichtsversorgung schon immer unter dem Durchschnitt lagen - dies ist der Antwort auf die Große Anfrage zu entnehmen -, ist für mich überhaupt keine Entschuldigung dafür, auch weiterhin die Sonderschulen als rote Laterne, als Schlusslicht im Schulbereich zu behandeln, zumal noch 1988 auch an den Sonderschulen die Unterrichtsversorgung bei mehr als 100 % lag. Seit drei Einstel-

lungsrunden, meine Damen und Herren, finden wir nicht mehr genug Sonderschullehrer und -lehrerinnen, um die frei gewordenen Stellen wieder zu besetzen. Es ist skandalös, dass es trotz dieses Engpasses in Niedersachsen immer noch einen Numerus clausus für das Sonderpädagogikstudium gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn sich die Landesregierung in der Beantwortung der Großen Anfrage darauf hinausredet, dass der Einstellungsbedarf gedeckt werden soll, indem man aus anderen Bundesländern Sonderpädagogen und Sonderpädagoginnen anwirbt, dann kann ich nur lachen. Wir alle erinnern uns doch daran, dass die Landesregierung heute Morgen erzählt hat, dass es in allen anderen Bundesländern auch einen eklatanten Lehrermangel gebe und dass dort die fach- bzw. schulspezifischen Mängel die gleichen seien wie in Niedersachsen.

(Jansen [CDU]: Stimmt doch gar nicht!)

Es ist also wirklich eine sehr schlecht erfundene Ausrede, die uns hier serviert wird, um von eigenem Fehlverhalten abzulenken.

Die CDU-Position zum Förderkonzept - Frau Mundlos, das kann ich Ihnen nicht ersparen - bleibt merkwürdig unentschieden. Einerseits ist es wirklich schön, beobachten zu können, dass Sie nicht mehr prinzipiell gegen integrierende Konzepte sind - vielleicht haben ja unsere gemeinsamen Reisen dazu beigetragen -, andererseits erscheinen mir alle Ihre Fragen zum Integrationskonzept eher von dem Gedanken getragen zu sein, die Bedrohung vom Bestand der Sonderschulen abzulenken. Vielleicht wäre es ganz gut, wenn Sie sich einmal eindeutig, dezidiert auch zur Zukunft der Sonderschulen in Niedersachsen äußerten, damit wir klarer sehen.

Aus meiner Sicht muss es beim Förderkonzept zuerst und vor allem um die Frage gehen, was für die Kinder am besten ist. Hierbei kann es nicht um den Bestandsschutz für irgendwelche Schulen gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Frau Mundlos [CDU]: Das habe ich doch gerade gesagt!)

Sie wissen, dass ich das Konzept der Landesregierung "Sonderpädagogische Grundversorgung" vom Ansatz her mittrage, aber es ist immer noch viel zu

schlecht ausgestattet. Zwei Sonderpädagogik-Wochenstunden pro Klasse reichen zumindest in sozialen Brennpunkten bei weitem nicht aus, und für die Arbeit mit verhaltensschwierigen Kindern muss zusätzlich der Einsatz von Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen möglich sein. Außerdem setzen wir uns nach wie vor dafür ein, dass die Klassengröße auf 23 bis 25 Kinder gesenkt wird, weil man wirklich nur dann, wenn man nicht vor 28 oder 29 Kindern stehen und diese unterrichten muss, in der Lage ist, integrierend zu arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Auch die Beratungsangebote sind unzureichend, und der Verzicht auf wissenschaftliche Begleitung, weil es sich bei der sonderpädagogischen Grundversorgung erst einmal um eine Erprobungsphase handelt, ist nicht zu verantworten; denn andere Schulen, andere Regionen sollen doch die Gelegenheit haben, aus den Erfahrungen, die gemacht werden, zu lernen. Deshalb finde ich es unverzichtbar hier eine wissenschaftliche Begleitung einzuführen, wenn tatsächlich gewollt ist, dass dieses Modell irgendwann flächendeckend in Niedersachsen eingeführt wird. Dafür allerdings sind die Hürden noch zu hoch. Ich meine, in Zukunft darf es nicht mehr so sein wie jetzt in Hannover-Linden, dass alle Grundschulen trotz der mehr als mangelhaften Zusatzstunden, die sie bekommen werden, zwar integrativ arbeiten wollen, dass aber die betroffene Sonderschule die Gelegenheit hat, mit einer Mehrheit ihrer Gesamtkonferenz da ein Veto einzulegen.

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich für eine ausreichende Unterrichtsversorgung insbesondere bei der sonderpädagogischen Förderung zu sorgen. Dass die Landesregierung so etwas kann, wenn sie den politischen Willen dazu hat, belegt das Beispiel der Verlässlichen Grundschulen. Die mussten unbedingt sein, wurden mit großer Kraft durchgepeitscht, und sie haben eine Unterrichtsversorgung von 103,3 %. Wenn die Landesregierung das gleiche Engagement bei behinderten Kindern zeigte, dann wäre sie heute zu loben. So ist sie allerdings zu tadeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Ministerin Jürgens-Pieper!

(Fischer [CDU]: Die hätte davor schon reden müssen! - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Die wollen wir jetzt nicht mehr hören! Nach der Geschäftsordnung ist das abgelaufen! Die Landesregierung war schon dran! - Weitere Zurufe von der CDU)

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: § 45 der Geschäftsordnung, Frau Vizepräsidentin! - Sonst müssen wir eine Ältestenratssitzung machen!)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Wulff, ich habe jetzt Frau Ministerin Jürgens-Pieper das Wort erteilt.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Aber doch gegen die Geschäftsordnung! Wofür haben wir eine Geschäftsordnung?!)

- Herr Kollege Wulff, ich bitte Sie zu akzeptieren, dass Frau Ministerin Jürgens-Pieper jetzt zu der Anfrage Ihrer Fraktion Stellung nimmt. - Bitte schön!

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Ich möchte mich ja auch bei der CDU-Fraktion und bei Ihnen, Frau Präsidentin, ausdrücklich dafür entschuldigen, dass ich mich eben nicht sofort eingeschaltet habe.

(Fischer [CDU]: Das brauchen Sie gar nicht!)

- Ich weiß, aber ich wollte das hier deutlich sagen, weil das Irritationen hervorgerufen hat. Es ist schon richtig, dass eigentlich die Landesregierung erst antwortet.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den letzten Jahren ist der Konsens darüber gewachsen - wir haben das auch in der vorsichtigen Rede von Frau Mundlos wahrnehmen können -, dass es weniger auf den Förderort, sondern mehr auf den Förderbedarf des Kindes ankommt. Das ist inzwischen wohl einhellige Meinung. Dieser gesellschaftliche Konsens hat auch Niederschlag gefunden im Schulgesetz, in Artikel 3 Abs. 3

Satz 2 des Grundgesetzes und in der vielfältigen Rechtsprechung, die es zu dieser Materie gibt. Auch der Wille des Gesetzgebers auf Bundes- und Landesebene zeigt dies. Insofern, Frau Mundlos, sollten wir an dieser Stelle keine Schulformdebatte beginnen, sondern sollten uns wirklich über den Förderbedarf streiten, worüber man sich an mancher Stelle wirklich streiten kann. Alles andere, d. h. wenn wir jetzt wieder eine Schulformdebatte beginnen würden, wäre wirklich nicht taufersch.

Sie haben zwar unsere Antwort insgesamt, aber offenbar nicht den Vergleich in der Unterrichtsversorgung mit dem Durchschnitt der anderen Bundesländer zur Kenntnis genommen und haben sich demzufolge auch nicht dazu geäußert. Im Gegenteil haben Sie in diesem Zusammenhang die Formulierung gebraucht, dass wir bei der Unterrichtsversorgung eine unmenschliche Politik mit den Sonderschulen betrieben. Das möchte ich namens der Landesregierung hier ausdrücklich zurückweisen.

(Beifall bei der SPD)

Auf Seite 6 der schriftlichen Antwort können Sie nachlesen, dass die Schüler-Lehrer-Relation in Niedersachsen durchaus im Durchschnitt aller anderen Bundesländer liegt, dass von einer unmenschlichen Politik hier also kaum die Rede sein kann. In der Schüler-Lehrer-Relation liegen wir sogar um 0,1 Punkte besser. Bei den Stunden pro Schüler beträgt der Vergleich 2,7 zu 2,6 im Bundesdurchschnitt. Na gut, hier liegen wir um 0,1 Punkte schlechter. Bei der Klassenfrequenz liegen wir mit 10,4 wieder wesentlich besser als der Bundesdurchschnitt mit 12.

Sie sehen hieran, dass das Ganze natürlich schwankt. Wenn Sie in die Tabellen schauen, die Sie selbst abgefragt haben, dann werden Sie feststellen, dass das in den 80er-Jahren bei Ihnen genauso war. Dass das Ganze bei abnehmenden und steigenden Schülerzahlen schwankt, dass sich die Schüler-Lehrer-Relation auch in den anderen Bundesländern verändert, das ist ganz natürlich, wie Sie über die Jahrzehnte hinweg selbst beobachten können. Hier von einer unmenschlichen Politik oder von einer unmenschlichen Unterrichtsversorgung zu reden ist völlig unangemessen. Wir geben den Sonderschulen eine sehr gute Unterrichtsversorgung. Wenn Sie selbst von 93 % reden, dann wissen Sie, dass die Sonderschulen damit die Stundentafel ohne Frage erfüllen können.

Wie Sie auch selbst wissen, geht es hier vielmehr um die Diskussion über Zusatzbedarfe.

Eigentlich müssten Sie an dieser Stelle konzedieren, dass wir hier nicht die institutionsbezogene Sichtweise pflegen, sondern dass wir den spezifischen Förderbedarf der Kinder vor Augen haben. Vorhin habe ich übrigens nicht etwa deshalb gelacht, weil ich mich über das, was Sie gesagt haben, lustig machen wollte. Vielmehr ging es darum, dass Sie etwas gefordert haben, was wir gerade im regionalen Integrationskonzept schon machen, indem wir die Betroffenen an einen Tisch holen - wenn Sie an diesem Tisch mit sitzen wollen, dann ist das im Rahmen der Kommunalpolitik sicherlich möglich - und dieses regionale Konzept sicherlich möglich - und dieses regionale Konzept gemeinsam besprechen. Das ist doch gerade die Idee, weil Eltern über die Frage, wie viel Förderbedarf ihr behindertes Kind jeweils hat, natürlich sehr kontrovers diskutieren. Das soll durch die Rahmenplanung, über die wir in einer Dialogphase ja auch heftig und ausführlich diskutiert haben, und durch das Konzept „Lernen unter einem Dach“ gesichert werden, dass gerade die Betroffenen beteiligt sind. Neu ist dabei, dass wir bei den regionalen Integrationskonzepten nicht nur Vollkonzepte, sondern auch Teilkonzepte akzeptieren, weil wir gerade in Städten wie Braunschweig, wie Sie aus der Diskussion wissen, eine Vollbeplanung nicht immer hinbekommen.

Sie haben dann die Formulierung gebraucht, dass Schulen ihrer zusätzlichen Stunden verlustig gingen, wenn sie sich nicht beteiligten. Dazu ist zu sagen, dass die Schulen die Stunden vorher ja gar nicht haben. Wir betreiben die sonderpädagogische Grundversorgung ja nur dort, wo sich Schulen an diesem Modell beteiligen. Sie haben das hier also nicht richtig dargestellt.

Was mich des Weiteren stört, ist, dass Sie auch mit den Fragen, die Sie gestellt haben, suggerieren, diese sonderpädagogische Grundversorgung sei das einzige Element des regionalen Konzepts.

(Frau Mundlos [CDU]: Ein wesentliches!)

- Ein wesentliches Element ist es in der Tat, ein präventives Element. In dem regionalen Konzept gibt es aber auch noch andere Elemente, nämlich die mobilen Dienste, die Integrationsklassen, die Kooperationsklassen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass Sie behaupten wollen, wir würden das Ganze jetzt nur noch mit zwei Stunden pro

Klasse als sozialpädagogische Grundversorgung betreiben. Wir diskutieren in diesen Konzepten aber durchaus auch über mobile Dienste und über Integrationskonzepte. Es geht ja gerade darum, dass Sonderschullehrerstunden in der Grundschule sind, damit der Kompetenztransfer in der Verzahnung zwischen Grundschullehrer und Sonderschullehrer zustande kommt. Es ist also nicht fair, wenn das Konzept hier so einseitig, wie Sie das getan haben, dargestellt wird.

Selbstverständlich ist die Sonderschule auch in diesem Konzept von besonderer Bedeutung, und sie wird ihre Bedeutung auch behalten. Sie hat eine herausragende Bedeutung auch in ihrer Ausformung der zehn Typen. Sie wird zum sonderpädagogischen Förderzentrum. Alle Organisationsformen sind wichtig und müssen sich von hier aus vernetzen. Ich glaube, wir haben inzwischen eine Menge Akzeptanz erreicht, gerade was die Kooperationsklassen angeht.

Vizepräsidentin Goede:

Frau Ministerin, darf ich Sie kurz unterbrechen? - Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Mundlos?

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Ja.

Vizepräsidentin Goede:

Bitte schön!

Frau Mundlos (CDU):

Frau Ministerin, wollen Sie wirklich ernsthaft bestreiten, dass es in Braunschweig, wo das regionale Integrationskonzept installiert wurde, Grundschulen gibt, die gesagt haben: Wir können das, nachdem wir zur Verlässlichen Grundschule geworden sind, nicht auch noch leisten? Der Grund dafür ist, dass sie ihren sonderpädagogischen Grundbedarf von heute auf morgen verloren haben, bis hin zu 20 Unterrichtsstunden.

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Was heißt bitte sonderpädagogischer Grundbedarf? Die sonderpädagogische Grundversorgung bekommt man in der Tat nur, wenn man an dem Konzept teilnimmt. Es geht doch gar nicht um

diese Frage. Das ist doch auch schon einmal im Ausschuss aufgeklärt worden.

(Klare [CDU]: Die hatten vorher möglicherweise Kooperationsstunden!)

- Mobile Dienste vielleicht. Das kann ich jetzt nicht sagen, das müsste man sich im Einzelnen angucken. Es geht aber nicht um die sonderpädagogische Grundversorgung.

Vizepräsidentin Goede:

Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Frau Litfin?

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Ja, bitte.

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Litfin!

Frau Litfin (GRÜNE):

Frau Ministerin, werden Sie etwas unternehmen, wenn sich mehr Sonderschulen mit sonderpädagogischer Grundversorgung weigern, nach dem regionalen Konzept zu arbeiten, wenn alle sonstigen Beteiligten, alle Grundschulen und insbesondere die Eltern, sonderpädagogische Grundversorgung haben wollen?

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Sehen Sie, das ist eigentlich unser Hauptproblem in der Entwicklung dieser regionalen Integrationskonzepte. Wir werden das gemeinsam, Fraktion und Landesregierung, noch einmal miteinander zu diskutieren haben. Ich finde, das ist auch eine Frage, die im Kultusausschuss zu diskutieren ist: Wollen wir sozusagen einen stärkeren Zwang ausüben? - Bisher habe ich mich auf die Position gestellt: Nein, wir wollen überzeugen. Ich meine, eine Zeit lang ist das auch besser, weil es sonst an dieser Stelle einfach zu kontrovers wird und weil die Kollegien mitziehen sollen. Aber die Situation mancher Schule, die das gerne möchte und durch die Entscheidung anderer Schulen gehindert wird, ist im Lande natürlich schon da. Insofern muss sich Politik da positionieren. Ich bleibe erst einmal bei der Meinung, das sich im Konsens entwickeln zu lassen und nicht kontrovers gegen die Kollegien entwickeln zu lassen. Am Ende muss man aber

auch eine solche Frage aufgreifen, wenn die Dynamik nicht so weiter geht. Im Augenblick ist die Dynamik da. Die regionalen Konzepte entwickeln sich. Wir haben diesmal wesentlich mehr genehmigt als in den ersten Runden. Von daher habe ich kein Problem, dass in dieser Entwicklung so zu belassen.

Lassen mich am Schluss noch ein Wort zu Ihnen sagen, Frau Litfin, weil Sie eben schon die Verlässliche Grundschule erwähnt haben. Es ging bei dem Konzept der Verlässlichen Grundschule auch um die Verbesserung der Unterrichtsversorgung in der Grundschule. Das ist Ihnen offensichtlich entfallen. Wir haben - das haben Sie selber, glaube ich, hier vor kurzem einmal dargestellt - in allen Bundesländern eine viel zu starke Förderung der Sekundarstufe II - das ist übrigens durch OECD-Studie festgestellt worden - und tun zu wenig für die Grundschüler. Deshalb war es mein bildungspolitischer Wunsch, hier massiv Geld in die Grundschule zu geben, um die hundertprozentige Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Und jetzt werfen Sie uns die vor. Natürlich muss man an den anderen Stellen auch etwas tun.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Darum geht es!)

Aber man kann dies nur in prioritären Schritten schaffen. Das wissen Sie, wenn Sie sich die Gesamtlage des Haushalts ansehen. Von daher ist das Argument, jetzt sind wir Verlässliche Grundschule, jetzt können wir nicht weiter, falsch; denn die sind jetzt richtig ausgestattet, dass sie sich auch mit anderen Konzepten beteiligen können. Dort ist nämlich gesichert, dass keine Stunde Unterricht ausfällt, Frau Mundlos. Deshalb lasse ich dieses Argument nicht gelten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. - Frau Kollegin Seeler!

Frau Seeler (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich sehr gefreut, als ich gesehen habe, dass die CDU-Fraktion diese Große Anfrage gestellt hat. Allerdings ist das doch ein etwas merkwürdiges Verfahren. Da stellt die CDU-Fraktion nach gutem parlamentarischen Recht eine Große Anfrage zum Thema „Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbe-

darf“. Mehr als zwei Wochen bevor die Antwort der Landesregierung auf die 52 Fragen überhaupt vorlag, gehen der schulpolitische und der bildungspolitische Sprecher an die Presse und polemisieren gegen das Konzept „Lernen unter einem Dach“,

(Busemann [CDU]: Bitte? - Hoppenbrock [CDU]: Das ist Realismus!)

reden von „Billigangebot von der Stange“ oder von den „vergessenen Kindern“. Dies ist meiner Ansicht nach schon mehr als geschmacklos.

Doch was soll man von einer Fraktion auch erwarten, die schon im Vorspann der Anfrage mit Unwahrheiten arbeitet?

(Widerspruch bei der CDU - Busemann [CDU]: Kommen Sie zur Sache! Was soll das denn überhaupt?)

Dazu drei Beispiele. Hören Sie zu!

Erstens. Im Text der Anfrage heißt es, Sonderschullehrerstellen im ländlichen Raum könnten mit den geforderten Fachkräften nicht mehr besetzt werden.

(Busemann [CDU]: Richtig!)

Wahr ist: Vereinzelt gibt es solche Fälle. Aber wahr ist auch, dass der Verband Deutscher Sonderschulen festgestellt hat, dass sich Niedersachsen mit dem Anteil der sonderpädagogisch ausgebildeten Lehrkräfte im Ländervergleich in der Spitzengruppe befindet. Das heißt, bei uns unterrichten besonders viele besonders gut ausgebildete und qualifizierte Sonderpädagogen und -pädagoginnen.

Zweite Behauptung der CDU-Fraktion: Das Konzept „Lernen unter einem Dach“ hätte das Verschwinden der Sonderschule im Primarbereich und die Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Grundschulen zum Ziel. Wahr ist: Es geht hier nicht um das Verschwinden der Sonderschulen, sondern um das Umwandeln der Sonderschulen in Förderzentren. Bei der sonderpädagogischen Grundversorgung geht es nur um die Integration von drei Arten von Kindern mit Förderbedarf, nämlich um diejenigen, die Probleme im Lernen, in Sprache und Verhalten haben. Das sind aber nur drei von insgesamt zehn unterschiedlichen Typen von Sonderschulen, die wir in Niedersachsen haben.

(Frau Mundlos [CDU]: Das sind zwei Drittel, Frau Seeler!)

- Dann müssen Sie differenzierter formulieren, Frau Mundlos, wenn Sie Anfragen stellen!

Dritte Behauptung der CDU-Fraktion: Die Fachkompetenz der Förderzentren sowie der Elternwürden in keiner Weise berücksichtigt. Wahr ist, dass in der Rahmenplanung „Lernen unter einem Dach“ ausdrücklich steht:

„Regionale Integrationskonzepte werden von den Beteiligten vor Ort, Eltern, Lehrkräfte, Schulträger, initiiert und schrittweise entwickelt.“

Dies waren nur drei Beispiele. Ich will hier nicht alle weiteren Unwahrheiten, Unterstellungen und Ungenauigkeiten aufzählen. Dies bringt uns nämlich in der Diskussion überhaupt nicht weiter. Deswegen: Schwamm drüber! Ich finde nämlich, wir sollten uns bei einer so komplizierten und schwierigen pädagogischen Aufgabe wie der Integration von unseren üblichen Zankereien hier im Landtag doch einmal lösen. Genauso wie vor Ort die Menschen - der unterschiedlichsten Parteizugehörigkeit übrigens - losgelöst von ihrer Parteizugehörigkeit an diesem Thema arbeiten, sollten auch wir hier im Parlament fraktionsübergreifend die vielfältigen Bemühungen vor Ort unterstützen.

Anstatt also zu polemisieren und uns die Fehler vorzuhalten, die überall gemacht werden, wo gearbeitet wird, und die dann einfach zu verallgemeinern und so zu tun, als seien sie regierungsgewollt oder konzeptbedingt, sollten wir uns natürlich diese Fehler angucken und mithelfen, Sie zu beheben, aber wir sollten damit die schwierige Arbeit vor Ort unterstützen, anstatt sie zu blockieren. Denn eines ist doch klar: Seit der Aufnahme der Forderung in das Niedersächsische Schulgesetz im Jahre 1993, dass Schülerinnen und Schüler, die einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen, gemeinsam mit anderen Schülerinnen und Schülern erzogen und unterrichtet werden sollen, und auch seit der Aufnahme des Diskriminierungsverbotes in unser Grundgesetz gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf gemeinsames Lernen.

(Frau Mundlos [CDU]: Man muss auch die Ressourcen dafür haben!)

Dabei ist „Lernen unter einem Dach“ der anspruchsvollste Auftrag überhaupt an unsere niedersächsische Schule. Dieser Auftrag ist wirklich eine

pädagogische Herausforderung an die Lehrerinnen und Lehrer des Landes. Und sie ist eine Herausforderung an die Toleranz aller an Schule Beteiligten.

(Frau Mundlos [CDU]: Herausforderung für die Landesregierung!)

Umso erfreulicher ist die lange Liste der inzwischen genehmigten Konzepte und derjenigen, die gerade erarbeitet werden. Wenn man sieht, dass vor allem in der Nähe von schon verwirklichten Konzepten neue Anträge auf Erweiterung gestellt werden, dann kann man daran ablesen, welche Akzeptanz das Konzept „Lernen unter einem Dach“ vor Ort bei den Beteiligten hat. Ich freue mich darüber, weil mit dem Konzept den Schulen neue pädagogische Perspektiven und Chancen eröffnet werden, und damit eben auch für unsere Kinder.

Im Beispielheft Nr. 2 aus dem Jahr 2000 wird in der Erfahrungsberichten sehr eindrucksvoll beschrieben, wie positiv sich die gemeinsame Arbeit von Sonderschulen- und Grundschulpädagogen und Eltern auswirkt, wie durch die sonderpädagogische Grundversorgung sehr früh Symptome erkannt und Prävention einsetzen kann. So können z. B. Teilleistungsschwächen bearbeitet werden, bevor sie zu größeren Problemen führen.

Natürlich gibt es auch hier Schwierigkeiten. So bedeutet die Erarbeitung und die Einführung eines regionales Konzeptes eine hohe zeitliche Belastung für alle Beteiligten. Auch während der laufenden Arbeit sind mehr Abstimmungsgespräche der Lehrkräfte, vermehrte Kontakte zu Eltern, Erfahrungsaustausch der Schulen untereinander, Fortbildung und vieles mehr nötig.

Nun weiß ich, dass Vertreter und Vertreterinnen des VdS die heutige Debatte verfolgen. Ich möchte mich bei Ihnen noch einmal ganz herzlich bedanken und Ihnen auch Hochachtung für all die Arbeit aussprechen, die Sie in den Schulen zum Wohle unserer Kinder leisten.

(Beifall)

Natürlich kann man sich bei jedem pädagogischen Konzept wünschen, dass noch mehr Geld, noch mehr Räume, mehr Materialien und mehr Stunden zur Verfügung stehen. Aber wir alle wissen, dass die Finanzen Grenzen setzen. Auch die CDU muss zur Kenntnis nehmen, dass durch die sonderpädagogische Grundversorgung den Schülerinnen und Schülern nicht weniger, sondern mehr Stunden zur

Verfügung stehen. Ich will dies am Beispiel der Region Delmenhorst-Süd, wie dies in der Antwort auf die Anfrage dargestellt wird, aufzeigen. So standen in dieser Region im Schuljahr 1998/99 für die Primarklassen, also die Klassen 1 bis 4 in der Schule für Lernhilfe 81 Stunden und 33 Stunden für Sprachsonderunterricht und Kooperation zur Verfügung, also insgesamt 114 Stunden. Bei der sonderpädagogischen Grundversorgung, bei der zwei Stunden pro Grundschulklasse genehmigt werden, hätten im gleichen Jahr 164 Sonderschullehrerstunden in dem gleichen Bereich eingesetzt werden müssen.

Gerade weil eben nicht weniger, sondern mehr Stunden eingesetzt werden, rechnen wir mit 300 zusätzlichen Sonderschullehrerstellen bei einer landesweiten Umsetzung dieses Konzeptes.

Von „vergessenen Kindern“ oder Bildungsabbau kann vor diesem Hintergrund wohl kaum die Rede sein.

Nun noch einmal zu Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion. Ich hatte eigentlich gehofft, dass Ihnen die Antwort der Landesregierung auf Ihre Fragen viele Ihrer Befürchtungen genommen hätte

(Frau Mundlos [CDU]: Dann haben Sie die Antwort nicht richtig gelesen!)

und dass wir alle gemeinsam in Zukunft an der Umsetzung des grundgesetzlichen Auftrages arbeiten können.

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Seeler, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Litfin?

Frau Seeler (SPD):

Nein danke. Ich komme gleich zum Schluss. - Wie heißt es in der UNESCO-Erklärung von Salamanca. „Wir glauben und erklären, dass Regelschulen mit dieser integrativen Orientierung das beste Mittel sind, um diskriminierende Haltungen zu bekämpfen, um Gemeinschaften zu schaffen, die alle willkommen heißen, um eine integrierende Gesellschaft aufzubauen und um Bildung für alle zu erreichen.“ - Dem ist wohl nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Klare, bitte schön!

Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zu Beginn eine grundsätzliche Anmerkung machen. Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem differenzierten Sonderschulsystem und zu der hervorragenden Arbeit in den Sonderschulen, die der, der sie kennt, auch zu würdigen weiß. Die Schülerinnen und Schüler wissen das nach relativ kurzer Zeit zu würdigen. Wir wollen aber auch Integration, meine Damen und Herren. Nur eines ist dabei ganz wichtig, nämlich dass eine Sonderschule auch eine Integrationsschule ist - damit wir hier nicht aneinander vorbei reden. Sie integriert auf das Leben.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen aber auch die andere Integration, nämlich die in den allgemein bildenden Schulen - ganz klar und eindeutig.

Wir müssen aber - das ist die entscheidende Frage - den Kindern und Jugendlichen, die behindert sind, auch die Möglichkeit zu einer angemessenen Schulausbildung, wie den anderen Kinder auch, geben. Das ist eine Verpflichtung, Frau Ministerin, der wir uns nicht entziehen dürfen und auch nicht entziehen können, wie Sie das über Jahre getan haben.

Meine Damen und Herren! Wir haben - das ist vielleicht einer der wichtigsten Punkte - den Eindruck, dass immer nur dann, wenn die CDU-Fraktion oder aber auch die Fraktion der Grünen hier Anträge einbringen, sich ein bisschen was zum Positiven hin bewegt. Wir haben in der Pressekonferenz von „vergessenen Schülern“ gesprochen. Das sind vergessene Schüler, meine Damen und Herren, weil sie bei dieser Landesregierung nämlich leider keine Lobby haben!

(Beifall bei der CDU)

Das Problem, das in diesem Zusammenhang wieder aufgetaucht ist, dass man sich nämlich, was den Förderunterricht betrifft, hinter statistischen Fragen oder mathematischen Berechnungen verstecken möchte, zeigt doch, dass man überhaupt keine Einstellung zu diesen behinderten Kindern und auch keine Beziehung zu dem individuellen

sonderpädagogischen Förderbedarf hat, zu dem wir uns ausdrücklich bekennen.

Frau Seeler, Sie können doch nicht mit dieser Antwort der Landesregierung zufrieden sein! Zur Unterrichtsversorgung steht darin: Die Unterrichtsversorgung der Sonderschulen ist, wie in den Vorbemerkungen im Abschnitt „Entwicklung der Unterrichtsversorgung an den Sonderschulen“ dargelegt, noch als ausreichend zu bezeichnen. Eine nachhaltige Anpassung an den Durchschnitt aller allgemein bildenden Schulen ist, wie auch in der Vergangenheit, wegen fehlender Sonderschullehrkräfte nicht möglich. - Sind Sie damit zufrieden? Ich bin es nicht! Es bleibt ein Skandal, dass die Schülerinnen und Schüler, die den stärksten Förderbedarf haben, am schlechtesten mit Unterricht versorgt sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Das Konzept „Lernen unter einem Dach“ mit dem besonderen Bereich, den Sie dargestellt haben, nämlich der sonderpädagogischen Grundversorgung, führt dazu, dass das differenzierte Sonderschulsystem aufgelöst wird. Es wird keine Schulen für Lernbehinderte mehr geben; es wird keine Schulen mehr für Sprachbehinderte geben und letztendlich auch keine Schulen mehr für verhaltensgestörte Kinder, weil diese Schüler nämlich automatisch, ohne Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs, in die Sonderschulen integriert werden. Mit zwei Förderstunden bekommen die Sonderschüler, die dann in großen Klassen unterrichtet werden sollen, eine Förderung. Dies führt dazu, dass eine pädagogisch verantwortbare Grundschularbeit nicht mehr möglich sein wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann Sie nur auffordern, dieses Konzept entweder besser auszustatten oder aber es fallen zu lassen. Sonst tun Sie unseren Sonderschulen keinen Gefallen. Wenn Sie so weitermachen wie jetzt, wird dies dazu führen, dass eine verantwortbare Förderpolitik nicht mehr möglich ist. Das wäre das Schlimmste, was wir den behinderten Kindern, aber auch den nichtbehinderten Kindern antun könnten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Robbert, bitte schön!

Robbert (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, nicht um auf die Einzelheiten einzugehen, sondern weil ich glaube, dass diese unterschiedlichen Bewertungen der Ergebnisse der Anfrage auch darauf zurückzuführen sind, dass sich unsere Sichtweisen so sehr voneinander unterscheiden. Ich weiß von Kollegen der CDU-Fraktion, dass sie selbst schon einmal mit Behinderten gearbeitet und dabei ihre Erfahrungen gemacht haben. Wir alle wissen, dass wir zum Teil auch in unserem ganz persönlichen Lebenskreis Betroffene sind, weil wir mit behinderten Menschen in unserem persönlichen Umfeld zusammen leben.

Das Problem, das ich sehe, ist Folgendes. Solange wir den behinderten Menschen nur über seine Behinderung definieren, kommen wir nicht weiter als bisher. Das Sonderschulsystem hat seine Ursprünge und seine Entwicklung auch den Eltern zu verdanken, den Eltern behinderter Kinder, die sich dafür eingesetzt haben, dass auch ihre Kinder eine Bildung genießen.

Wenn heute im Grundgesetz verankert ist, dass behinderte Menschen Menschen sind, die die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben sollen wie wir, die wir uns als nichtbehindert bezeichnen, dann ist das ein neuer Ansatzpunkt. Vor diesem Hintergrund kann es nicht sein, dass das alte System, so erfolgreich es auch sein mag, einfach so weiter besteht.

Ich muss mich als Politiker fragen lassen, ob es nicht notwendig ist, den anderen Weg stärker zu gehen, den Menschen Mensch sein zu lassen und ihn an dem Ort, an dem er lebt, mit anderen, mit Nichtbehinderten zusammen zu unterstützen. Das heißt, dass ich in die Grundschule vielleicht noch viel mehr hineingeben muss, als heute schon möglich ist, dass ich aber auch viel stärker darauf bauen muss, was die Ministerin erwähnt hat, nämlich auf den Kompetenztransfer, den Transfer dessen, was wir als Nichtbehinderte alles brauchen, um den behinderten Menschen zu verstehen. Das ist unsere Bringeschuld, nicht aber etwas, was wir von den Behinderten zu erwarten haben. Darum bin ich überzeugt, dass der Weg, den wir bisher gegangen sind, auch wenn er noch nicht vollständig ist, richtig ist, nämlich den behinderten Menschen in unsere Gemeinschaft hineinzunehmen und ihn nicht auszugrenzen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Litfin hat noch einmal ums Wort gebeten. Ich erteile ihr zusätzliche Redezeit gem. § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung. Zwei Minuten, Frau Kollegin.

Frau Litfin (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann dem Kollegen Robbert ja nur Recht geben. Er hat hier völlig richtig Stellung genommen. Nur sehe ich die Entwicklung nicht, die er beschrieben hat und von der ich meine, dass sie richtig ist. Ich sehe sie nicht. Was ist denn mit den klassischen Integrationsklassen, mit dem Modell, das wir unter Rot-Grün in den Jahren 1999 bis 1994 begonnen haben? 1995 hatten wir noch 152 Integrationsklassen in Niedersachsen. Heute sind es nur noch knapp über 100. Das ist doch eine Entwicklung nach hinten, nicht aber eine Entwicklung, die Perspektiven bietet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was - so frage ich die Regierungsfraktion, aber auch die Landesregierung - geschieht denn mit den integrativ beschulten Kindern, die das Glück hatten, in der Grundschule mit anderen Kindern gemeinsam unterrichtet zu werden, nach der Grundschule? Dafür fehlen Konzepte der Landesregierung vollständig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Eine Weiterplanung findet nicht statt. Sie zeigen hier das gleiche Defizit, das Sie bei jeglicher Planung im Schulbereich zeigen. Sie denken nicht weiter voraus als nur eine Legislaturperiode. Das geht aber gerade dann nicht, wenn man es mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat. In diesem Fall muss man wirklich schon weiter denken. Derzeit werden nur 4,2 % der Grundschüler und Grundschülerinnen in integrativ arbeitenden Grundschulen unterrichtet. Das ist nun doch wirklich ein mehr als geringer Anteil. Was hat die rote Alleinregierung in der letzten und in dieser Wahlperiode, die weitgehend zu Ende ist, geschafft? - Nichts hat sie geschafft. Sie hat Entwicklungen eher gebremst, als vorangebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Ministerin Jürgens-Pieper, bitte schön!

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Frau Litfin, Sie müssen mir einmal sagen, wo Sie gelesen haben, dass es jetzt weniger Integrationsklassen gibt als noch zu rot-grünen Zeiten. Auf Seite 20 unserer Antwort befindet sich eine Tabelle, die ganz deutlich zeigt, dass wir 1995 206 Integrationsklassen hatten. Jetzt aber sind es 230. Sie können das auch an anderen Stellen ablesen. Insofern weiß ich nicht, woher Sie Ihre Zahlen haben. Ich wollte das nur einmal klargestellt haben.

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, jetzt erteile ich auch dem Kollegen Klare zusätzliche Redezeit für drei Minuten.

Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte vorhin nur wenig Redezeit. Durch den Beitrag der Ministerin habe ich jetzt aber noch ein paar Minuten zusätzlich bekommen. - Über das „Lernen unter einem Dach“ führen wir tagtäglich Diskussionen mit der Folge, dass die Leute inzwischen Angst haben um den Bestand des differenzierten Sonderschulsystems.

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch ein Bekenntnis. Wer heute über Sonderschulfragen spricht, der muss sich mit den Sonderschulen auch einmal auseinander setzen. Ich habe an den Sonderschulen die Erfahrung gemacht - ich habe es vorhin kurz angedeutet -, dass diejenigen Kinder, die an diesen Sonderschulen auch nur für kurze Zeit beschult werden, glücklich und zufrieden sind, weil sie ihren Möglichkeiten entsprechend gefördert werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn diese Kinder mit nur zwei Förderstunden in einer Klasse untergehen - sage ich einmal; man kann hier nicht mehr von „Integration“ sprechen -, in der es ohnehin schon schwierige Kinder, nicht deutsch sprechende Kinder oder auch Kinder mit Erziehungs- und Lernrückständen gibt, dann kann dieses System, wenn es so beibehalten werden soll, wie Sie es jetzt

praktizieren wollen, nicht funktionieren. Wissen Sie: Wenn sich schon mit einem Sonderpädagogen ausgestattete Integrationsklassen, denen nur acht Förderstunden für ein geistig behindertes Kind zur Verfügung gestellt werden, darüber beklagen, dass dies für eine spezifische Förderung zu wenig ist, dann kann man zwei oder drei lernbehinderte Kinder nicht in eine Klasse hineingeben und nur zwei Förderstunden dazugeben. Das kann nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist unsere massive Kritik. Integration ja. Wenn Integration aber stattfindet, dann muss man sie vernünftig ausstatten und bezahlen. Sie kostet Geld.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich mit einem Zitat einer Mutter schließen. Sie sagte:

„Ich werde kein Plädoyer gegen Integration halten. Noch weniger will ich behaupten, dass die Sonderschulen so, wie sie zurzeit strukturiert sind und mit Leben gefüllt sind, der Weisheit letzter Schluss sein mögen. Aber ich fürchte grundsätzlich den Rigorismus von Reformgläubigen, die über ihren missionarischen Eifer versäumen, Stimmigkeit und Gleichgewicht von Realität und theoretischem Anspruch zu überprüfen. Bedenklich wird es, wenn Idealismus den Blick auf die Wirklichkeit verstellt.“

(Beifall bei der CDU)

Die Wirklichkeit passiert mit unseren Kindern an unseren Schulen. Da haben wir Einsatz zu zeigen, und da haben wir Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, ich erteile auch Frau Kollegin Seeler nach § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung zusätzliche Redezeit von drei Minuten. Frau Kollegin Seeler, bitte schön!

Frau Seeler (SPD):

Ich hatte meine Rede mit einem Hinweis auf Unwahrheiten bzw. Unklarheiten begonnen. Ich möchte jetzt noch einmal auf zwei Dinge hinweisen. Erstens ist es nicht so, Herr Klare, dass der bei einem Kind festgestellte individuelle sonderpädagogische Förderbedarf mit einem Grundbedarf von zwei Stunden abgedeckt ist. Für dieses Kind gibt es immer zusätzliche Stunden.

Zweitens trifft es auch nicht zu, Frau Litfin, dass sich das „Lernen unter einem Dach“ nur auf die Grundschule bezieht. Ich zitiere jetzt aus dem Rahmenkonzept:

„Einer Sonderschule als regionalem Förderzentrum werden Grundschulen, Orientierungsstufen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen als regionaler Wirkungsbereich zugeordnet. In diesem Bereich werden regionale Integrationskonzepte entwickelt und umgesetzt.“

Heute fängt es mit der Grundschule an, und es werden erst Teilkonzepte genehmigt. Wir gehen davon aus, dass man sich bei der Erarbeitung der regionalen Konzepte sehr wohl Gedanken darüber macht, was passiert, wenn die Kinder älter werden. Das ist doch selbstverständlich. Das steht hier drin. Es wäre schön, wenn Sie solche Broschüren dann doch etwas genauer lesen würden.

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich stelle fest, dass die Besprechung der Großen Anfrage hiermit abgeschlossen ist, meine Damen und Herren.